

Die unterfertigten Bezirksräte Mag. Alexander Bartl und Karin Lenz (FPÖ) stellen gemäß § 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirkes am 16. März 2016 folgende

### **A N F R A G E**

betreffend Massenschlägerei mit Schwerverletzten im Nahbereich des Jugendtreffs BasE 20

Am 5. März 2016 gegen 18.00 Uhr kam es im Bereich Maria Restituta Platz / Engerthstraße 76 „Jugendtreff BasE20“ zu einer folgenschweren Auseinandersetzung zwischen Jugendgruppen unterschiedlicher Ethnien. Großteils waren Afghanen und Tschetschenen daran beteiligt und es kam zu schweren Verletzungen durch Hieb- und Stichwaffen. Sowohl die Art und Weise der Auseinandersetzung wie auch die große Anzahl der beteiligten Täter lässt den Schluss zu, dass es sich um einen Bandenkrieg handeln könnte, bei dem eine territoriale Aufteilung gewisser Gebiete in der Brigittenau festgelegt werden sollte oder eine Verletzung einer bereits bestehenden Gebietsverteilung sanktioniert wurde. Empirische Erkenntnisse zeigen, dass solche Gebiete meist von einer ethnischen Gruppe „kontrolliert“ werden und auch nur von dieser gewisse Kriminalitätsformen wie z.B. Raub, Prostitution oder Drogenhandel begangen werden dürfen! Aber auch verletzte Ehre scheint bei diesen Gruppen Rechtfertigung dafür zu sein, um den Tod eines anderen in Kauf zu nehmen. Fest steht, dass diese Wertehaltung bis vor einigen Jahren keinen Platz in unserer Gesellschaftsordnung hatte.

Nicht unwesentlich bei diesem Gewaltexzess ist auch die Tatsache, dass sich die tschetschenische Gruppe im Jugendtreff BasE20 versammelt hatte bzw. dieser als „Stützpunkt“ angesehen wird. Diese Annahme wird auch dadurch untermauert, dass dorthin tschetschenische Jugendlichen aus ganz Wien und sogar aus Niederösterreich kommen. Ein weiteres Indiz liegt auch darin, dass viele türkischstämmige Jugendliche aus der Brigittenau „BasE20“ nicht oder nicht mehr aufsuchen. Die Begründung liegt an der tschetschenischen Dominanz und auch darin, dass Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter „wegschauen“ würden, wenn andere Jugendliche von diesen drangsaliert werden.

Zu guter Letzt haben auch Besucherinnen und Besucher der Millennium City bzw. des Entertainmentcenters schmerzhaft Bekanntschaft mit tschetschenischen „Sittenwächtern“ gemacht, die seit langem ihr Unwesen treiben und solches Unbehagen auslösen, dass sich auch der hauseigene Sicherheitsdienst mit ihnen nicht anlegen möchte. Auch hierbei wird ein Zusammenhang mit der Klientel von BasE20 angeführt.

In einer ersten Stellungnahme zu dem Vorfall haben Sie, Herr Bezirksvorsteher, mehr Polizei für den Bezirk gefordert und dadurch anklingen lassen, dass die Innenministerin dem Versprechen nach mehr Polizisten für Wien nicht nachgekommen ist.

In weiteren Stellungnahmen von SPÖ-Gemeinderäten hieß es, dass die Sozialarbeiterinnen Schlimmeres bzw. weitere Eskalationen verhindern konnten.

In diesem Zusammenhang stellen wir nun folgende Fragen an Sie, wobei auf von Ihnen als Bezirksvorsteher getätigte Aussagen Bezug genommen wird.

1. Wieso fordern Sie, in der Sendung „Wien heute“ vom 07.03.2016, dass die Innenministerin endlich die versprochenen Polizisten zur Verfügung stellen sollte, wenn Bürgermeister Dr. Michael Häupl im September 2015 - vor der Wien-Wahl – wörtlich verkündete „Ich betrachte den Sicherheitsvertrag (1000 neue Polizisten für Wien) mit dem Ministerium als eingehalten“?
2. Beruht Ihre Forderung auf Informationen darüber, dass sich die seinerzeitige Aussage von Bürgermeister Häupl, wie von der FPÖ damals behauptet, als unrichtig bestätigt hat?
3. Halten Sie es für realistisch, dass mehr Polizisten den gegenständlichen Gewaltexzess verhindern hätten können?
4. Was erwarten Sie sich angesichts Ihrer Aussage, dass nun die Exekutive gefordert wäre, von der Polizei in Zukunft in diesem Problembereich?
5. Soll die Polizei Ihrer Meinung nach in bzw. vor Jugendzentren präsent sein?
6. Die grundsätzlich unterstützenswerte Forderung nach mehr Polizei für die Brigittenau begründen Sie mit der Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls. Was verstehen Sie darunter konkret?
7. Wie viele Jugendliche besuchen durchschnittlich den Jugendtreff BasE20?  
Wie viele davon sind Mädchen und wie viele davon Burschen?  
Wie viele tschetschenische Jugendliche besuchen den Jugendtreff BasE20?  
Wie viele tschetschenische Mädchen besuchen den Jugendtreff BasE20?
8. Im gegenständlichen Fall wurde angegeben, dass der Vorfall für das Team des Jugendtreffs BasE 20 nicht absehbar war und es im Vorfeld keine Anzeichen für dieses gewalttätige Zusammentreffen gab. Sprechen oder verstehen im BasE 20 tätige Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeiter tschetschenisch?
9. Wie aus den Medien zu entnehmen ist handelte es sich nicht um einen spontanen Überfall einer Gruppe auf die andere, sondern um einen verabredeten Konflikt. Sehen Sie es nicht auch als eine Aufgabe von Jugendeinrichtungen, solche Exzesse möglichst bereits im Vorfeld zu verhindern?

10. In Stellungnahmen von SPÖ- Gemeinderäten wurde angegeben, dass die Sozialarbeiterinnen Schlimmeres bzw. weitere Eskalationen verhindern konnten. Was wurde dabei konkret verhindert?
11. Sind Ihnen Probleme mit überwiegend tschetschenischen Jugendlichen im Bereich der Millennium City bekannt, bzw. hat der Betreiber bei Ihnen solche Probleme angesprochen?
12. Soll der Standort von BasE20 im Schulgebäude Engerthstraße 76 bzw. Stromstraße 44 (Volks- und Polytechnische Schule) beibehalten werden?
13. Wenn ja? Sehen Sie es nicht als problematisch an, dass diese Örtlichkeit – Nähe zu bekanntem Drogenumschlagplatz, Entertainmentcenter mit zahlreichem kulturell und religiös unterschiedlichem Publikum, Koranverteilungen, Verkehrsknotenpunkt – gerade für junge Menschen mit nicht allzu großen Perspektiven eine Verlockung darstellt, um sich negativ zu profilieren?

Die unterfertigten Bezirksräte Susanne Chirkov und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam (FPÖ) stellen gemäß § 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirkes am 16. März 2016 folgende

Bekanntlich sind in der Brigittenau auch zahlreiche jugendliche Asylwerber, anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte untergebracht.

In diesem Zusammenhang fragen wir Sie, Herr Bezirksvorsteher

1. Wieviele schulpflichtige Asylwerber, anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte besuchen – aufgeteilt auf die Schulstandorte - Pflichtschulen im 20. Bezirk?
2. Wurden in Brigittenauer Pflichtschulen eigene Flüchtlingsklassen eingerichtet und wenn ja, an welchen Schulen?
3. Wie hat sich die Gesamtzahl der schulpflichtigen Kinder bzw. Jugendlichen in den Pflichtschulen des 20. Bezirks – getrennt nach Volks- und Hauptschulen bzw. Polytechnische Schule – gegenüber den Zahlen des vorigen Schuljahres verändert?
4. Wie hat sich die Gesamtzahl der Lehrpersonen in den Pflichtschulen des 20. Bezirks – getrennt nach Volks- und Hauptschulen bzw. Polytechnische Schule – gegenüber den Zahlen des vorigen Schuljahres verändert?
5. Wieviel sonstiges Personal (Schulpsychologen, administratives Supportpersonal, Schulsozialarbeiter und Dolmetscher) steht den Brigittenauer Pflichtschulen zur Verfügung und wie hat sich diese Zahl gegenüber dem vorigen Schuljahr entwickelt?